

766284-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Erweiterung und Sanierung Schillerschule Lahnstein, Los 3 - Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLS

OJ S 243/2023 18/12/2023

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Lahnstein

E-Mail: ausschreibungen@lahnstein.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterung und Sanierung Schillerschule Lahnstein, Los 3 - Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLS

Beschreibung: Erweiterung und Sanierung Schillerschule Lahnstein; Planungs- und Bauüberwachungsleistungen Die dreizügige Grundschule Schillerschule der Stadt Lahnstein soll energetisch saniert und auf eine Vierzügigkeit erweitert werden. Das Gebäude ist 1959 in dreigeschossiger Massivbauweise L-förmig errichtet worden. Es soll an eine zeitgemäße Architektursprache angepasst und umfangreich baulich, haustechnisch und energetisch saniert werden. Im Rahmen der Sanierung soll unter anderem die Fassade neu gestaltet werden. Die vorhandenen Kaltdächer sind abzubrechen und durch begrünte Flachdächer zu ersetzen. Eine PV-Anlage ist vorgesehen. Die Tragstruktur des Bestandsgebäudes soll ansonsten unberührt bleiben. Es gibt eine Vorstudie, die den Erweiterungsbau in hybrider Bauweise aus Holzständerwänden und Betondecken mit Holztragelementen vorsieht. Die Vorstudie ist Bestandteil der Vergabeunterlagen zum Ausgleich eines Informationsvorsprungs, weil nicht auszuschließen ist, dass sich das Büro, das die Vorplanung erstellt hat, für diesen Auftrag bewerben wird. Die Vorstudie stellt nur eine erste Idee dar, die der Auftraggeber für möglich hält, sie ist nicht zwingend umzusetzen. Die Wärmeversorgung ist ggfs. zu erneuern. Derzeit bestehen zwei Heizungsanlagen: die Schillerschule versorgt ihre Mensa, die Heizungsanlage in der Sporthalle versorgt zugleich die benachbarte Kita. Im Vorfeld ist zu überprüfen, ob die Heizung der Sporthalle noch wirtschaftlich arbeitet, und ggfs. eine wirtschaftliche und energetisch sinnvolle Gesamtlösung für alle vier Gebäude zu erarbeiten. Im Bedarfsfall sind die notwendigen Planungsleistungen zu erbringen, wie z.B.

Leitungstrassen, Durchbrüche, E- und HLS-Technik. Erforderlich ist ein Vorschlag für ein energetisches Gesamtkonzept, ggfs. unter Einbeziehung erneuerbarer Energien. Sporthalle und Kita sind durch Kriechkeller miteinander verbunden, ebenso Schule und Sporthalle; diese können für die Leitungsführung genutzt werden. Die Vorstudie schlägt eine Versorgung mittels Gas-Brennwertkessel und zweier Wärmepumpen vor, im Altbestand ggfs. ergänzt durch Wandheizungen, sowie eine zentrale mechanische Belüftung mit Wärmerückgewinnung. Die Vorschläge sind zu überprüfen und nicht zwingend umzusetzen. Daher ist eine erweiterte Bedarfsanalyse mit Variantenvorschlägen für die HLS erforderlich. Die Elektroversorgung

erfolgt über eine Trafostation auf der Liegenschaft. In geringem Umfang ist eine Planung der Freianlagen erforderlich. Wo möglich, soll das Niveau der Außenanlagen so angehoben werden, dass die Gebäudeklasse 3 erreicht wird; der Trafo ist einzugrünen. Die Schillerschule liegt im Überschwemmungsgebiet des Rheins. Die Planung ist hochwasserverträglich und hochwasserangepasst so auszugestalten, dass eine wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann. Die Schule soll zukünftig möglicherweise auf eine Fünffügigkeit erweitert werden. Die Erweiterung selbst ist bis zur Leistungsphase 4 Gegenstand der Beauftragung, sodass Bau und Anschluss später möglich sind. Die Vorstudie stellt nur eine erste Planungsidee dar. Alle Planungsleistungen werden ausgeschrieben ab der Leistungsphase 1 bis zur Leistungsphase 9 (bzw. 8, Brandschutzplanung und 6, Tragwerksplanung).

Kennung des Verfahrens: aa727110-c6ba-47d3-b9ff-c14eb20a0e1c

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: In der ersten Phase - Teilnahmewettbewerb - wird die Eignung der Bieter geprüft. 3-5 geeignete Bieter werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die Angebote sollen in einer oder mehreren Runden verhandelt werden. Der Zuschlag auf das Erstangebot bleibt vorbehalten.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321200 Heizungsplanung, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71520000 Bauaufsicht, 71521000 Baustellenüberwachung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Lahnstein

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Lahn-Kreis (DEB1A)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YK7HHF8 1. Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Teilnahmefrist elektronisch - nur über das Bieterool der Vergabeplattform einzureichen. Hierzu kann das veröffentlichte vorbereitete Teilnahmeformular genutzt werden. Hinsichtlich der Eigenerklärungen kann der Nachweis vorläufig durch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung geführt werden. Maßgeblich bleibt jedoch der Inhalt der Bekanntmachung. 2. Das Vergabeverfahren wird elektronisch über die Vergabeplattform geführt. Das bieterindividuelle Postfach auf der Vergabeplattform fungiert als "elektronischer Briefkasten" der Bieter und ist für den Zugang von Erklärungen, Nachforderungen pp. im Vergabeverfahren maßgeblich. 3. Der Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch, der Informationsschreiben gemäß § 134 GWB und sonstiger Schriftverkehr, wie Nachforderungen, erfolgt ebenso über das Bieterpostfach der Vergabeplattform. 4. Im Falle der Bewerbung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz ausschließlich über den bevollmächtigten Partner der Arbeits-/Bietergemeinschaft. 5. Der Auftraggeber wird vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen. Der erfolgreiche Bieter ist verpflichtet, im Falle der beabsichtigten Zuschlagserteilung alle erforderlichen Angaben und Auskünfte hierzu zu erteilen.

Rechtsgrundlage:

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erweiterung und Sanierung Schillerschule Lahnstein, Los 3 - Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLS

Beschreibung: Die Ausschreibung erfolgt losweise. Mit dieser Ausschreibung als Los 3: Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLS. Mit gesonderten

Bekanntmachungen: Los 1: Objektplanungsleistungen Gebäude und Freianlagen, sowie Los 2: Planungsleistungen für den Brandschutz Los 4: Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung Elektro Los 5: Fachplanungsleistungen der Tragwerksplanung. Die Planungsleistungen im Los 3 werden beauftragt wie folgt: - Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung HLS für die Sanierung des Altbaus sowie die Erweiterung zur Vierzügigkeit ab der Leistungsphase 1, ggfs. unter Anrechnung der in der Vorstudie bereits erbrachten Leistungen, bis einschließlich der Leistungsphase 9. - Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung HLS für die Erweiterung auf Fünfzügigkeit in den Leistungsphasen 1-4. Für die Beschreibung des Leistungsinhaltes orientiert sich die Auftraggeberin an § 55 HAOI 2021 i.V.m. Anlage 15. Näheres regelt der Vertrag. Eine stufenweise Beauftragung ist beabsichtigt: Leistungsstufe 1: Leistungsphasen 1-4, Leistungsstufe 2: Leistungsphasen 5-9. Zu planen ist die Technische Gebäudeausrüstung für die Sanierung des Schulgebäudes sowie den Anbau als Neubau zur Erweiterung auf Vierzügigkeit. Eine spätere Erweiterung auf Fünfzügigkeit ist planerisch bis einschließlich der Leistungsphase 3 zu berücksichtigen, jedoch noch nicht umzusetzen. Wenn sich im Laufe des Planungsprozesses ergeben sollte, dass die Fünfzügigkeit bereits erforderlich wird, ist diese optional ab Leistungsphase 5 mit zu planen und baulich umzusetzen. Für die Fachplanungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung ist in der Leistungsphase 3 eine erweiterte Variantenuntersuchung und Wirtschaftlichkeitsberechnung zu erbringen. Die anrechenbaren Kosten betragen geschätzt netto: Sanierung/Altbau: AG 1 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen - 84.327,73 EUR AG 2 Wärmeversorgungsanlagen - 175.831,93 EUR AG 3 Lufttechnische Anlagen - 515.516,81 EUR Neubau Anbau vierzünftig: AG 1 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen - 127.953,78 EUR AG 2 Wärmeversorgungsanlagen - 562.003,36 EUR AG 3 Lufttechnische Anlagen - 240.771,43 EUR Neubau Erweiterung fünfzünftig: AG 1 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen - 63.976,89 EUR AG 2 Wärmeversorgungsanlagen - 281.001,68 EUR AG 3 Lufttechnische Anlagen - 120.385,72 EUR Die Realisierung der Baumaßnahme erfolgt im laufenden Betrieb in zwei Bauabschnitten: Bauabschnitt 1 Erstellung des Anbaus und Anschluss an die Schule sowie Sanierung des an den Anbau angrenzenden Bauteils, Bauabschnitt 2 Sanierung des restlichen Altbestandes. Für beide Bauabschnitte werden je etwa 18 Monate Bauzeit veranschlagt. Die Maßnahme eilt. Die Planungsleistungen sind so zu erbringen, dass bis zum 31.10.2024 die Voraussetzungen für die Stellung des Förderantrags und die baufachliche Prüfung vorliegen.

Interne Kennung: #1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71321200 Heizungsplanung, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71520000 Bauaufsicht, 71521000 Baustellenüberwachung

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Lahnstein

Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Lahn-Kreis (DEB1A)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/04/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1. Erklärung des Bewerbers, dass durch die Person oder das Verhalten des Bewerbers oder dem Bewerber zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB und § 19 MiLoG begründet sind. 2. Erklärung des Bewerbers, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und

Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist. 3. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den

weiteren Unternehmen verknüpft ist. 4. Erklärung des Bewerbers, dass er nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Sanktionen VO) genannten

Unternehmen oder Personen mit Russlandbezug gehört. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, dass dies auch nicht auf

die verbundenen Unternehmen zutrifft. 5. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder einen den Rechtsvorschriften

seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen. 6. Ist der Bewerber zur Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft verpflichtet, hat er mit seinem Teilnahmeantrag

eine entsprechende Mitgliedsbescheinigung vorzulegen. 7. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft

angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 6 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter

bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch von Dritten abzugeben.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung, die auf Verlangen durch Vorlage von

Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen ist, und unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren genannt werden (§ 122

Abs. 2 Nr. 1 GWB). 2. Erläuterung zur Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung

innerhalb der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Ingenieure, Techniker etc.) (§ 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB). 3. Erläuterung der technischen Büroausstattung des Bewerbers mit Nennung und detaillierter Beschreibung der mindestens verwendeten Software für den Datenaustausch und die Datensicherung. 4. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die vorgenannten Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben. Mindestanforderungen: I. Mindestanforderung an die Größe des Büros und des Projektteams Das Büro muss eine der Maßnahme angemessene Zahl an Mitarbeitenden aufweisen. Das Projektteam muss mit mindestens zwei Personen (Projektleitung und Stellvertretung) besetzt sein, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen). II. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Erbringung von Planungsleistungen für die Technische Gebäudeausrüstung HLS nachzuweisen. Er hat hierzu Referenzobjekte nachzuweisen wie folgt: 1. Drei Referenzobjekte über Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für die Technische Gebäudeausrüstung HLS in den Anlagengruppen 1, 2 und 3 in einer vergleichbaren Größenordnung mit anrechenbaren Kosten von 800.000,00 EUR netto. 2. Die Objekte müssen fertiggestellt sein; Fertigstellung (d.h. Inbetriebnahme) nach dem 01.01.2017. 3. Es sollen mindestens die Leistungsphasen 3, 5 und 8 erbracht worden sein. Zur Erhöhung der Eignung können weitere Referenzen eingereicht werden. Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind. Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen. Für die Referenzangaben kann die vorbereitete Liste (siehe Teilnahmeantrag) genutzt werden. Maßgeblich bleibt der Inhalt der Bekanntmachung. Die angeforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seines Umsatzes für Planungsleistungen, die mit den ausgeschriebenen Planungsleistungen vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 122 Abs. 2 Nr. 2 GWB). 2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen 3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will. 4. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben. Mindestanforderung Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 3 Millionen EUR und zusätzlich für sonstige Sach- und Vermögensschäden ebenfalls mindestens 3 Millionen EUR beträgt. Dies ist durch eine Bescheinigung der Versicherung nachzuweisen. Ausreichend ist eine Bescheinigung, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung steht. Die geforderten Nachweise sind in Textform einzureichen.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Objektive Kriterien zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der TGA, die die Mindestanforderungen an Referenzen gemäß Abschnitt "Technische und berufliche Leistungsfähigkeit", dort Mindestanforderungen Nrn. 1 bis 3, der Bekanntmachung erfüllen (50%), 2. Gesammelte Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen anhand der eingereichten Referenzen, die die oben gestellten Mindestanforderungen an Referenzen erfüllen (50%). Es ist möglich, ein Mehr an Eignung durch weitere Referenzen nachzuweisen. Für die Beurteilung der Eignungsauswahl werden nur Referenzen herangezogen, die eine aussagekräftige Beschreibung enthalten; eine nur namentliche Listenaufzählung ist nicht ausreichend.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Herangehensweise an die Planungsaufgabe im Hinblick auf die Umsetzung einer energieeffizienten Gebäudeausrüstung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Intensität der Bauüberwachung und Baubetreuung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bearbeitungskonzeption zur Erreichung der Termine

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Akzeptanz des Vertrages hinsichtlich nicht preislicher Bedingungen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK7HHF8/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK7HHF8>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK7HHF8>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 15/01/2024 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen nachzufordern, soweit dies rechtlich zulässig ist, insbesondere im Sinne des § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Auftragsausführung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Zugelassen ist, wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Ingenieur benennen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Von Bewerbern/Bietern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen zu rügen. Erklärt der Auftraggeber, dass er der Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung bei folgender Stelle schriftlich einen Nachprüfungsantrag zu stellen:

Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Stiftstraße 9 55116 Mainz Deutschland E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Tel.: +49 6131 / 165240 Fax: +49 6131 / 162113

8. Organisationen

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Lahnstein
Registrierungsnummer: 071410075075-001
Postanschrift: Kirchstraße 1
Stadt: Lahnstein
Postleitzahl: 56112
Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Lahn-Kreis (DEB1A)
Land: Deutschland
E-Mail: ausschreibungen@lahnstein.de
Telefon: +49 2621914-409

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Webeler Rechtsanwälte
Registrierungsnummer: DE203132968
Postanschrift: Löhrrstraße 99
Stadt: Koblenz
Postleitzahl: 56068
Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)
Land: Deutschland
E-Mail: t.frank@webeler-rechtsanwaelte.de
Telefon: +49 261988662-0
Fax: +49 261988662-20

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau
Registrierungsnummer: DE355604198
Postanschrift: Stiftstraße 9
Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116
Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de
Telefon: +49 613116-5240
Fax: +49 613116-2113
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8e5617c5-5fcf-452c-96f4-72672ab97b67 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/12/2023 11:05:10 (UTC+01:00)
Mittleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 766284-2023
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 243/2023
Datum der Veröffentlichung: 18/12/2023